

# «Geld verteilen scheint wieder <in> zu sein»

**Politik** Nach diversen politischen Vorstössen zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung ruft die FBP zum verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven auf. Die Regierung soll erst den finanziellen Handlungsspielraum aufzeigen.

Desirée Vogt  
dvogt@medienhaus.li

«Je näher die Wahlen rücken, desto kreativer werden die Vorschläge der Politik.» Davon ist der Landtagsabgeordnete Elfried Hasler mit Blick auf die jetzt schon lange Liste an Ideen, wie die Bevölkerung am guten Finanzergebnis des Landes partizipieren könnte, überzeugt. Es könnte aber nicht sein, dass nach dem Giesskannenprinzip verfahren werde, um so kurzfristig um die Gunst der Wähler zu werben. Aus diesem Grund greift die FBP nun ebenfalls zum Mittel des parlamentarischen Vorstosses und reicht ein Postulat ein. Die Regierung soll erst prüfen, wie gross der tatsächliche Spielraum – vor allem für wiederkehrende Ausgaben – ist, bevor sich der Landtag im «Bazar der Geschenke» verlaufe.

## «Finanzlage weckt Begehrlichkeiten»

Drei Massnahmenpakete wurden in den vergangenen Jahren geschnürt, um den Staatshaushalt zu sanieren, nachdem hohe Defizite im Betriebsergebnis von insgesamt 562 Mio. Franken ausgewiesen worden waren. «Mission gelungen – die Anstrengungen tragen nun Früchte», freute sich FBP-Parteipräsident Marcus Vogt. Doch die nun gute Finanzlage wecke auch Begehrlichkeiten, welche dazu führten, dass die Politik wieder ein beliebtes politisches Mittel anwende: Geld verteilen. «Die FBP, welche die Mehrheitsverantwortung bei der Sanierung des Staatshaushalts getragen hat, sieht sich aber in der Pflicht, auch weiterhin für solide Staatsfinanzen zu sorgen», so Vogt. Elfried Hasler betonte, dass die wirtschaftliche Konjunktur auch immer wieder Schwächephasen kenne, weshalb nicht davon ausgegangen werde, dass die Steuereinnahmen des Jahres 2018 zur Regel würden. Über-



Der Landtagsabgeordnete Elfried Hasler, Parteipräsident Marcus Vogt und Fraktionssprecher Daniel Oehry stellten den Medien am Freitag ihr Postulat vor.

Bild: Daniel Schwendener

schüsse in Zeiten der Hochkonjunktur und Börsenhäussen seien zu einem wesentlichen Grad zur Deckung von Defiziten in Zeiten wirtschaftlicher Schwächephasen zurückzustellen.

«Natürlich ist aber auch die FBP der Meinung, dass es auch angezeigt ist, die Bevölkerung an der positiven Entwicklung des Landes direkt partizipieren zu lassen. Aber verantwortungsvoll», so Hasler. Die FBP trage deshalb einmalige, sinnvolle Ausgaben mit. Tatsächlich liege aber auch wieder eine solide Ausgangslage und ein Handlungsspielraum für wiederkehrende Ausgaben vor – doch diese müssten eben gut überlegt und nachhaltig sein.

## «Massnahmenpaket mit umgekehrten Vorzeichen»

In ihrem Postulat lädt die Fortschrittliche Bürgerpartei die Regierung deshalb dazu ein, «den wiedergewonnenen finanziellen Handlungsspielraum des Staates

aufzuzeigen und mögliche Massnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite vorzulegen, wie die Bevölkerung an den wachsenden Überschüssen und Reserven verantwortungsvoll und direkt partizipieren kann, ohne damit die zukünftige Entwicklung des Landes im Sinne kommender Generationen zu gefährden». Quasi ein «Massnahmenpaket mit umgekehrten Vorzeichen», so Hasler. «Für uns ist nachhaltiges Handeln wichtig», betonte auch Fraktionssprecher Daniel Oehry. Es sei wichtig, dass die Regierung Vorschläge unterbreite, bei welchen weiterhin Vorsicht in Bezug auf wiederkehrende Ausgaben gelegt werde und welche die Flexibilität, rasch auf negative Entwicklungen reagieren zu können, nicht zu stark einschränke.»

Bei der Diskussion von situativen Einzelmassnahmen müsse die Gesamtsicht im Blickfeld behalten werden. Eine solche Gesamtübersicht liefere das Postu-

lat. Und schaffe damit eine fundierte Grundlage im Landtag, um eine «faktenbasierte, verantwortungsvolle, koordinierte und damit nachhaltige und mehrheitsfähige Lösungen zur Partizipation der Bevölkerung an den wachsenden Reserven und Überschüssen zu schaffen».

## «Franken muss sich wirksam entfalten»

Worauf sich die FBP bei einem Vorliegen der Gesamtübersicht – oder schon jetzt – fokussieren möchte, kann sie nicht konkret sagen. «Wir konzentrieren uns aber sicher auf Themen, bei denen sich abzeichnet, dass sich der Franken am besten entfaltet», so Hasler. Mit Blick auf das Thema Gesundheitskosten bedeutet dies beispielsweise: Die FBP unterstützt Vorstösse in Bezug auf Prämienverbilligungen. Spricht sich aber gegen eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags aus, an der alle partizipieren würden.

Kommentar

## Taktische Nebelgranate

**Nun ist der Druck auch für die FBP zu gross geworden.** Nach dem Ergebnis der Landesrechnung 2018 mit einem Plus in der betrieblichen Rechnung von 61 Millionen Franken ist auch der selbsternannten Sparpartei klar, dass nun die Bevölkerung etwas vom Gewinn zurückbekommen sollte. Auch in den eigenen Reihen ist der Ruf zu vernehmen, dass nun ein positives Signal in Richtung Bevölkerung politisch nötig ist, damit einem der Geldsegen nicht um die Ohren fliegt. Denn zum Gewinn der betrieblichen Rechnung haben in Form von Steuern und Abgaben alle einen Beitrag geleistet – die Banken wie die Gewerbebetriebe und die Konzernchefin wie die Friseurin. Genauso wie bei den Sparmassnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts.

**Doch was soll man als Partei tun, wenn man etwas zurückgeben sollte, aber nicht wirklich will?** Zuerst zeigt man Verständnis für die Forderung, um gleichzeitig alle Vorstösse der politischen Gegner als «opportunistische» Schnellschüsse und vorgezogene Wahlgeschenke zu bezeichnen. Da man selbst aber keine bessere Idee hat, wird der eigene Finanzminister über ein Postulat beauftragt, einmal Zahlen und Fakten zu sammeln, wo, wie und ob überhaupt Geld für Entlastungsmassnahmen vorhanden wäre.

**Die Regierung soll «verantwortungsvolle» Vorschläge unterbreiten,** wo man trotz grösster «Vorsicht in Bezug auf wiederkehrende Ausgaben» und der Beibehaltung der grösstmöglichen «Flexibilität» – wenn der

Gewinn einmal nicht in zweistelliger Millionenhöhe ausfällt – vielleicht, aber auch nur vielleicht etwas machen könnte.

**Mit diesem Vorgehen hat man gleich mehrere Vorteile.** Man kann behaupten, dass man auch etwas gemacht hat. Und man gewinnt Zeit. Viel Zeit. Das Postulat wird im September an die Regierung überwiesen. Hält Regierungschef Adrian Hasler die Frist ein, dann liegt die Beantwortung frühestens Anfang 2020 vor. Es kommt aber doch öfters vor, dass sich die Regierung wesentlich mehr Zeit für die Beantwortung eines Postulats lässt. Bis dahin kann die FBP sämtliche Vorschläge der anderen Parteien mit dem Verweis auf das Postulat ablehnen. Schliesslich fehlen noch «faktenbasierte, verantwortungsvolle, koordinierte und nachhaltige» Vorgaben des Finanzministers. Und sollten vielleicht doch noch gute Ideen vom eigenen Regierungschef kommen, kann man sie im Herbst 2020 ideal für den Wahlkampf einsetzen.

**Alles in allem ein gut inszeniertes Schauspiel,** um zu suggerieren, dass man noch viel vor hat, obwohl man eigentlich nicht viel ändern möchte. Oder ganz einfach: Eine taktische Nebelgranate, um von der eigenen Untätigkeit abzulenken.



Patrik Schädler  
pschaedler@medienhaus.li

## Missbrauchsanstieg veranlasst zu Sondersitzung

**Konsum** Eltern bemängelten fehlende Anlaufstellen im Umgang mit Medikamentenmissbrauch – darum wurde eine Sitzung einberufen.

Der Missbrauch von Medikamenten ist ein gegenwärtiges Thema. Vor allem Psychopharmaka oder Schmerzmedikamente wie Hustenmittel mit dem Inhaltsstoff Codein gehören zu jenen mit erhöhtem Missbrauchspotenzial. In der Schweiz stellen die Benzodiazepine den grössten Anteil abhängigmachender Medikamente dar. Deren Arzneistoff «Alprazolam» ist in Xanax enthalten, das eigentlich gegen Angstzustände und Depressionen verschrieben wird.

Seit 2018 haben sowohl die Landespolizei wie auch die Kinder- und Jugendhilfe einen Anstieg des missbräuchlichen Konsums vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen festgestellt. Xanax und Makatussin (ein codeinhaltiges Hustenmittel) haben hierzulande die Runde gemacht. Dennoch wurde bislang nur in den Schulen Präventions-

arbeit betrieben – vielen betroffenen Eltern ist das zu wenig: Ihrer Meinung nach fehlen für Betroffene Anlaufstellen und Informationsbroschüren. So hat die Kommission für Suchtfragen (KOSU), in die das Amt für Gesundheit, die Landespolizei, das Schulamt, die Staatsanwaltschaft und das Amt für Soziale Dienste eingebunden sind, am Dienstag eine Sondersitzung abgehalten. Nebst den involvierten Amtsstellen nahmen auch Regierungsrat Mauro Pedrazzini und externe Experten daran teil.

## Jugendliche nicht zur Nachahmung verleiten

Der Fokus des Austausches lag laut Ministerium für Gesellschaft vor allem im Umfang und in den Auswirkungen des Problems. Zudem seien verschiedene mögliche Massnahmen diskutiert worden.

Sie umfassen die Vertriebswege, die Aufklärung und Prävention sowie mögliche Anlaufstellen. Konkretes konnte das Ministerium nicht mitteilen – nur, dass sich die KOSU mit den Vorschlägen befassen und über weitere Massnahmen entscheiden werde.

Eigentlich hätte das Thema bereits im Mai-Landtag in Form einer Kleinen Anfrage zur Sprache kommen sollen. Jedoch hatte Regierungsrat Pedrazzini die FBP-Landtagsfraktion damals darum gebeten, von der Kleinen Anfrage abzusehen – offenbar sollte in der Öffentlichkeit nicht auch noch «Werbung» für den Medikamentenmissbrauch gemacht werden, da so noch der Nachahmungstrieb bei Jugendlichen geweckt werden könnte.

Julia Kaufmann  
jkaufmann@medienhaus.li

## Chefärztin Innere Medizin verlässt das Landesspital

**Gesundheit** Es wird ein kurzes Gastspiel der ehemaligen Medicnova-Chefärztin beim Landesspital. Sie geht im November.

Im September 2018 war die Freude über die Rekrutierung von Professorin Yildiz Yildiz beim Landesspital noch gross. Die ehemalige Chefärztin der Inneren Medizin der Privatklinik Medicnova AG bringe «langjährige Erfahrung und viel medizinischen Sachverstand» mit und stelle «einen wichtigen Schritt in die Zukunft dar».

Yildiz Yildiz übernahm am 15. Oktober 2018 die Position als stellvertretende Chefärztin in der Inneren Medizin. Nach dem Weggang von Martin Liesch per Ende 2018 hat sie seit Anfang Jahr die Leitung der Abteilung übernommen. Doch der «Schritt in die Zukunft» dauert nicht lange. Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, wird Yildiz Yildiz das Landesspital noch in diesem Jahr verlassen. Diese Information wurde gestern vom Stiftungsratspräsidenten Mi-



Verlässt nach einem Jahr das Landesspital: Yildiz Yildiz. Bild: pd

chael Ritter bestätigt. Das Arbeitsverhältnis werde ordentlich per November 2019 beendet. Der Grund für die Trennung seien «unterschiedliche Auffassungen in formellen Fragen und im Hin-

blick auf gültige Regelwerke», so Ritter, und «keinesfalls die medizinische Tätigkeit von Frau Dr. Yildiz». Weitere Auskünfte könnten aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht gegeben werden.

## Weiterhin positive Entwicklung

Trotz dieser Personalie entwickeln sich die Fallzahlen beim Landesspital auch im Mai weiterhin positiv. «Beinahe die gesamte Woche waren wir komplett ausgebucht. Aktuell haben wir wenige Betten frei, sodass wir auch über das Feiertagswochenende Patienten rund um die Uhr aufnehmen und betreuen können», so der stv. Spitaldirektor Mirco Schweizer zur Situation.

Patrik Schädler  
pschaedler@medienhaus.li